

Polnischer Protest

Zur pragmatistischen Fundierung von Theorien sozialen Wandels

Bearbeitet von
Hella Dietz

1. Auflage 2015. Taschenbuch. 332 S. Paperback

ISBN 978 3 593 50464 3

Format (B x L): 14 x 21,3 cm

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Europäische Länder](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe

Vorbemerkung

Dieses Buch ist die überarbeitete und deutlich erweiterte Fassung meiner Dissertation, die im September 2007 unter dem Titel "Von der Opposition der Werte zu den Werten der Opposition. Eine pragmatistische Analyse der zivilgesellschaftlichen Opposition in Polen" am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt angenommen und 2008 mit dem dritten Wissenschaftlichen Förderpreis des Botschafters der Republik Polen ausgezeichnet wurde.

In den letzten zwölf Jahren haben eine Reihe von Menschen und Institutionen auf unterschiedliche Weise zur Entstehung dieses Buches beigetragen - ihnen will ich an dieser Stelle herzlich danken. Der Stiftung der Deutschen Wirtschaft sei für die finanzielle Förderung der Dissertation, dem Max-Weber-Kolleg für hervorragende Arbeitsbedingungen und für die finanzielle Förderung dreier Archivaufenthalte in Warschau, und den MitarbeiterInnen des dortigen Archivs Karta für geduldige Hilfestellungen bei schwierigen Recherchefragen gedankt.

Von allen anderen sei zuallererst meinem Betreuer und Erstgutachter Hans Joas gedankt, der mir ein inspirierender Lehrer war und das Projekt durch kritische Fragen vorangetrieben und zugleich vorbehaltlos unterstützt hat. Ich danke den Fellows, Kollegiaten und Kollegiatinnen des Max-Weber-Kollegs für die schöne Erfahrung einer Diskussionskultur, die sich nicht mit oberflächlichen Antworten zufrieden gibt - insbesondere die Gespräche mit Christoph Menke und Hans Kippenberg, mit Astrid Reuter, Christian Scherer und Sibylle van der Walt waren in der Anfangsphase des Projekts hilfreich. Wie so oft haben mir in der Folgezeit vor allem die zunächst unbequemen, kritischen Einwände weitergeholfen, meine Argumente zu schärfen. Die wichtigsten kamen von Andreas Pettenkofer, Robert Brier, Matthias König und Ewa Morawska, von Nikolai Genov, dem überdies für die Übernahme des Zweitgutachtens gedankt sei, und von Lisa Bonn, die zudem dankenswerterweise - ebenso wie Anne Krüger - das gesamte Manuskript gelesen und kommentiert hat.

Ein besonderer Dank gebührt Wolfgang Knöbl - für die entscheidenden Impulse zur grundlegenden Überarbeitung der Dissertationsschrift, für viele Jahre intellektueller Anregungen und für angenehme Arbeitsbedingungen in Göttingen. Ebenfalls herzlich danken möchte ich Andreas Gläser für inspirierende Gespräche während meines Forschungsaufenthaltes an der University of Chicago. Weitere wichtige Hinweise verdanke ich Diskussionen im Rahmen von Projektpräsentationen an den Universitäten von Chicago, Danzig, Helsinki, Berlin, Frankfurt/Main, Konstanz und Göttingen; Gesprächen mit Jerzy Jedlicki, Paweł Szpiewak, Mateusz Fałkowski und Gunter Dehnert; sowie den Gutachten der HerausgeberInnen dieser Buchreihe. Für das sorgfältige Korrektorat danke ich Anette Nagel.

Julia Weber und unsere gemeinsame Schreibklausur waren in der Entstehungszeit der ersten

Fassung von großer Bedeutung. Für die Überarbeitung des Buches hat sich Marion Detjen immer wieder für klärende Diskussionen zur Verfügung gestellt. Ohne Ansgar und Gesine wäre diese Überarbeitung vermutlich schneller, aber mit weit weniger Freude fertig worden. Ohne Stephan Eckner, seinen unbestechlichen Scharfsinn und seine liebevolle Unterstützung wäre es vermutlich gar nicht fertiggestellt worden. Ihm ist dieses Buch gewidmet.

1. Einleitung

Seit 1989 ist der Staatssozialismus als Gesellschaftsmodell diskreditiert. Der Beginn der Gespräche am Runden Tisch in Polen im Februar, die ersten demokratischen Wahlen im Juni, die Öffnung der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich im Mai und der Fall der Berliner Mauer im November hatten gezeigt, dass der Staatssozialismus, der noch kurze Zeit zuvor eine zwar wirtschaftlich weniger erfolgreiche, aber stabile Systemalternative zu sein schien, sogar in den Augen der ostmitteleuropäischen Regierungseliten als gescheitert galt. In den Monaten nach dem Zusammenbruch wurden in Ost- und Ostmitteleuropa neue Regierungen eingesetzt, die von plan- auf marktwirtschaftliche Ordnungsmodelle umstellten und bestehende politische Institutionen - mehr oder weniger konsequent - demokratisierten. Seither erscheinen Markt, Demokratie und Menschenrechte als alternativlose Trias weltkultureller Prinzipien (vgl. Meyer 2000).

Dieser etablierten Lesart der Ereignisse zufolge war "der Westen" 1989 endgültig zur Blaupause für die Modernisierung Osteuropas geworden. Folglich nahm das sozialwissenschaftliche Interesse an den Ereignissen vor 1989 seit den 1990er Jahren drastisch ab. Noch in den 1980er Jahren hatten sich demokratietheoretisch inspirierte SozialwissenschaftlerInnen von Ideen der ost- und ostmitteleuropäischen Dissidenz Antworten auf das diagnostizierte Demokratiedefizit westlicher Demokratien versprochen (vgl. Arato 1981; Keane 1988; Ost 1990; Arato/Cohen 1992) und in der Gewerkschaftsbewegung der Solidarno?? einen Modellfall für die zukunftsweisende "Neue Soziale Bewegung" gesehen (vgl. Touraine u.a. 1982). Nach 1989 klassifizierten sie den Umbruch enttäuscht als eine nur "nachholende Revolution" (Habermas 1990). Sie beklagten, dass kaum jemand während und nach dem Umbruch ernsthaft an die Debatten über einen Dritten Weg anschließen wollte (siehe Ost 1990; Greskovits 1998) und dass es auch nach 1989 nicht zu dem erwarteten Wiederaufleben der Zivilgesellschaft kam (siehe Kubik/Linch 2006). Daraufhin überließen sie der modernisierungstheoretisch inspirierten Transformationsforschung das Feld, die sich auf die Frage beschränkte, wie ein gesteuerter institutioneller Wandel trotz eines vermuteten "Dilemmas der Gleichzeitigkeit" (Offe 1991) von wirtschaftlichen Reformen und Demokratisierung möglich sei und prüfte, inwieweit die Transformationsländer diese Vorgaben erreichten. Die Ereignisse vor 1989 berücksichtigte sie nur in Form unterschiedlicher Ausgangsbedingungen.

Diese Lesart der Ereignisse scheint die Schlussfolgerung nahezu legen, dass staatssozialistische

Gesellschaften mit ihrem nun "überlebten" Modell "westlichen" Gesellschaften doch zu unähnlich sind, um von ihrer Analyse Erkenntnisse für die eigene Gesellschaft zu erwarten. Nachdem sich überdies herausgestellt hatte, dass sich einfache Erklärungen über Kontinuitäten eines "Homo sovieticus" (Tischner 2000 [1990]; 1992) oder einer "zivilisatorischen Inkompetenz" (Sztompka 1993) nicht halten ließen, schienen die Ereignisse vor 1989 noch nicht einmal für die Analyse der Gegenwart in jenen Ländern von Belang. Es gibt jedoch (mindestens) drei gute Argumente dafür, diese Lesart von fundamentalem Bruch und nachholender Revolution kritisch zu hinterfragen und die Ereignisse in Polen vor 1989 als Prüfstein und produktive Herausforderung für die soziologische Theoriebildung (wieder) zu entdecken.

Erstens liegt der Diagnose einer nur "nachholenden Revolution" die Vorstellung zugrunde, dass staatssozialistische Gesellschaften nach 1989 jene Entwicklung nachholen würden, hinter der sie durch die geringere wirtschaftliche Effizienz ihrer Planwirtschaften in der Nachkriegszeit zurückgeblieben waren. Diese Diagnose übersieht jedoch, dass sich in eben-jener Zeit auch (die Vorstellungen von) Markt und Demokratie fundamental verändert haben. Jüngere Analysen globaler Wandlungsprozesse identifizieren einen globalen Bruch in den 1970er Jahren (siehe beispielhaft Streeck 2013). Aus dieser veränderten Perspektive erscheinen staatssozialistische Gesellschaften trotz aller Unterschiede als Varianten derselben makrosoziologischen Prozesse. Daraus folgt nicht, dass die in mancherlei Hinsicht fundamentalen strukturellen Unterschiede zwischen beiden Ordnungsmodellen verschwinden würden, wohl aber, dass die Unterschiede klein genug scheinen, um gesellschaftliche Phänomene wie beispielsweise die kreditfinanzierte Wirtschaftspolitik der 1970er und 1980er Jahre oder die sich wandelnden Legitimationsstrategien von Regierungen und Protestbewegungen in sinnvoller Weise als je unterschiedliche Antworten auf dieselben globalen Herausforderungen zu analysieren. Damit gewinnt die Analyse von Ereignissen seit den 1970er Jahren in Ost- und Ostmitteleuropa einen anderen Stellenwert: Sie ist nicht mehr nur historisch von Interesse, sie verspricht auch Erkenntnisse über die Genese von und unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten auf globale Prozesse.

Zweitens hatte die Tatsache, dass der Umbruch 1989 auch für Experten und Expertinnen überraschend kam, zwar zu einer kurzen Welle der Kritik an den Sozialwissenschaften geführt, nicht aber zu einer kritischen Revision der zugrunde liegenden Annahmen über die Strukturmerkmale staatssozialistischer Gesellschaften. Denn dass westliche ExpertInnen dem Staatssozialismus fälschlicherweise größere Stabilität zugeschrieben hatten, lag auch daran, dass sie das im engeren Sinne Politische über- und die Potenziale gesellschaftlicher Selbstorganisation unterbewertet haben (Segert 2002: 97-108). Für Polen, das nicht zuletzt wegen der starken Stellung der katholischen Kirche und der vergleichsweise gut organisierten Exilgemeinschaft(en) ohnehin eine Sonderstellung einnahm, gilt dies sicherlich in besonderem Maße. Diese Einsicht ändert wiederum nichts daran, dass die strukturellen Bedingungen für Selbstorganisation weit voraussetzungsreicher waren als in demokratisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaften. Sie führt jedoch dazu, dass der Unterschied zwischen beiden Gesellschaftstypen nicht länger als kategorialer, sondern in vielen Bereichen des Sozialen als - potenziell für die

Theoriebildung interessanter - gradueller Unterschied anzusehen ist.

Drittens scheinen die Tatsache, dass die ehemaligen Dissidenten 1989 nicht mehr nach einem Dritten Weg suchten, sondern zusammen mit den alten Eliten demokratisch gewählte Regierungen bildeten, um jene "nach-holende Revolution" zu vollenden, und die Einsicht, dass sich mindestens für die jüngeren Generationen kaum Belege für umfassende Kontinuitäten finden ließen, nahelegen, dass die Ereignisse vor 1989 für die Analyse der gegenwärtigen Probleme in staatssozialistischen Ländern kaum relevant sind. Dass sich weder - wie erhofft - eine Kontinuität der zivilgesellschaftlichen Ideen bei den Eliten noch - wie befürchtet - eine Kontinuität der staatssozialistischen Mentalität bei der Bevölkerung feststellen ließ, spricht aber nicht prinzipiell gegen die Existenz handlungs-relevanter Kontinuitäten. In jüngerer Zeit haben einzelne Studien komplexere Formen der Reproduktion von Ideen und Interaktionsmustern aus der Zeit des Staatssozialismus in verschiedenen Bereichen des Sozialen herausgearbeitet. Diese Studien bestreiten nicht, dass der Umbruch 1989 zu einem fundamentalen Wandel zentraler Gesellschaftsbereiche geführt hat. Sie verdeutlichen aber, dass es für die Analyse der Gegenwart jener ehemals staatssozialistischen Länder durchaus von Bedeutung sein kann, Phänomene vor 1989 genauer zu analysieren.

Diese drei Argumente - dass die Diagnose eines fundamentalen Bruchs 1989 etwaige Gemeinsamkeiten der Reaktion auf globale Herausforderungen verdeckt, dass die Rhetorik des Kalten Krieges und das Erbe einer auf das Politische im engeren Sinne fokussierenden Totalitarismus-These die trotz aller Unterschiede gegebenen Ähnlichkeiten zwischen den Systemtypen vernachlässigt, und dass die Enttäuschung über fehlende Dritte-Weg-Debatten die Suche nach Kontinuitäten erschwert hat - sind der Ausgangspunkt für das folgende Unternehmen, ein bestimmtes Rätsel aus der staatssozialistischen Vergangenheit als Prüfstein und als produktive Herausforderung für die soziologische Theoriebildung (wieder) zu entdecken.

Die folgenden Kapitel zielen darauf, die Frage zu beantworten, wie es in den 1970er Jahren im staatssozialistischen Polen zur Entstehung des in Deutschland wenig bekannten KOR und kurze Zeit später zur bekannten, aber bislang erstaunlich selten explizit soziologisch untersuchten Solidar-Gruppe kommen konnte. Ich nutze die strukturellen Unterschiede zwischen marktwirtschaftlich-demokratischen und staatssozialistischen Gesellschaften, um etablierte Theorien auf die in ihnen enthaltenen Vorannahmen über soziale Prozesse zu befragen. Dabei wird sich zeigen, dass einige dieser Vorannahmen nicht nur im staatssozialistischen Kontext problematisch sind. Ich werde alternative Erklärungen der Entstehung der beiden Protestbewegungen und der damit einhergehenden Aneignung und Reproduktion neuer sozialer Kategorien (etwa der Menschenrechte) sowie neuer sozialer Praktiken (etwa des offenen Dialogs oder der Mobilisierung durch Bewährungshandeln) vorschlagen, die auch über diesen Fall hinaus für die soziologische Theoriebildung von Interesse sind.

Im nächsten Abschnitt erörtere ich ausführlicher, warum die Analyse dieses Fallbeispiels

sozialtheoretisch interessant ist (1.1). Die Einleitung schließt mit einigen Anmerkungen zu Inhalt und Aufbau der folgenden Kapitel (Abschnitt 1.2).

1.1 Das empirische Rätsel und seine Relevanz für die soziologische Theorie

Das Komitee zum Schutz der Arbeiter war am 23. September 1976 gegründet worden, um ArbeiterInnen zu helfen, die nach Streiks gegen Preiserhöhungen für Lebensmittel im Juni 1976 verhaftet worden waren. Aus dieser konkreten Hilfsaktion bildet sich in den folgenden Monaten eine in vielerlei Hinsicht erstaunliche Protestbewegung: Das KOR ist die erste offen agierende Protestbewegung im staatssozialistischen Polen - obwohl die AktivistInnen damit rechnen, umgehend verhaftet zu werden, veröffentlichen sie das Gründungsdokument mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer. Es ist die erste Bewegung in einem Warschauer-Pakt-Staat, in der Linke und KatholikInnen zusammenarbeiten - zwei Gruppierungen, die das Regime in allen vorherigen Protesten erfolgreich gegeneinander hatte ausspielen können. Das KOR ist von den vielen oft als zivilgesellschaftlich bezeichneten Initiativen der 1970er Jahre in Ost- und Ostmitteleuropa die einzige, die über eine "Opposition an Küchentischen" hinausgeht (Kotkin 2010: 6), denn seine AktivistInnen bezeichnen sich mit einigem Recht als "Gegen-gesellschaft" und versuchen mit einigem Erfolg, so zu leben, "als ob" sie bereits in einer Demokratie lebten (Ash 2002: 292). Dieser Anspruch kommt 1977 in der Umbenennung des Komitees in Komitee zur Selbst-verteidigung der Gesellschaft (Komitet Samoobrony Społecznej 'KOR', KSS "KOR") zum Ausdruck und manifestiert sich in der Gründung der "unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność" (Niezależny Samo-rządny Związek Zawodowy 'Solidarność') auf unerwartete Weise.

Die Geschichte dieser beiden Bewegungen ist so oft als Erfolgsgeschichte erzählt worden, dass deren Entstehung auf den ersten Blick fast als notwendige, nicht weiter erklärungsbedürftige Entwicklung erscheint. Die den folgenden Analysen zugrunde liegende pragmatistische Perspektive soll helfen, den Blick für die Kontingenzen der Ereignisse zu schärfen. Der Pragmatismus dient der Analyse dabei zunächst als eine Art "naturalistische soziale Ontologie" (Katz 2002c: 255). Während Theorien tendenziell "stratifizieren", also vorab definieren, welche Faktoren entscheidend sind oder welche Wechselwirkungen es zwischen diesen Faktoren geben kann, zielt eine "naturalistische soziale Ontologie" darauf, eine angemessene Beschreibung des Phänomens zu ermöglichen, indem sie möglichst viele Dimensionen benennt, die von Bedeutung sein können.

Der Vorteil einer pragmatistischen Herangehensweise besteht darin, dass sie das Wechselspiel von Strukturen und Handeln in den Blick nehmen kann, Stabilität und Kontingenz des Sozialen zu analysieren vermag. Im Unterschied zu strukturtheoretischen Ansätzen (und dem Gros der sozialwissenschaftlichen Forschung vor 1989) läuft sie nicht Gefahr, die Stabilität des Staatssozialismus überzubewerten, weil ihr Strukturen als prinzipiell wandelbare Regelmäßigkeiten des Handelns gelten, die nur so lange stabil sind, wie die sozialen Prozesse, die sie aufrechterhalten, reproduziert werden. Im Unterschied zur Modernisierungstheorie

unterstellt sie keine Teleologie sozialen Wandels. Im Unterschied zur Luhmannschen Systemtheorie, die sich auf eine Beschreibung von Kommunikation beschränkt, kann sie Wandel auf Interaktion zurückführen. Im Unterschied zu Bourdieus Theorie sozialer Praktiken läuft sie nicht Gefahr, Veränderungen auf Distinktionskämpfe zwischen sozialen Gruppen zu reduzieren. Die pragmatistische Soziologie verfügt jedoch trotz ihrer langen Tradition nur über wenige ausgearbeitete theoretische Konzepte, um dieses Wechselspiel zwischen Strukturen und Handeln, Stabilität und Kontingenz angemessen zu erklären. Die vorliegende Analyse zielt darauf, in Auseinandersetzung mit dem empirischen Rätsel Erklärungen zu generieren, die ihrerseits zur Weiterentwicklung pragmatistischer Theorien beitragen.

Die unwahrscheinliche Entstehung jener beiden Protestbewegungen ist aber nicht nur für die pragmatistische Soziologie von Interesse. Sie ist in vier weiteren Hinsichten für die soziologische Theoriebildung instruktiv. Die Osteuropaforschung hatte dem Staatssozialismus - noch immer beeinflusst vom Narrativ der Totalitarismusthese mit seiner Fixierung auf politische Strukturen im engeren Sinne - kaum innere Wandlungsfähigkeit zugeschrieben. Die Lösung des Rätsels, wie KOR und Solidarno?? entstanden sind, ist somit erstens ein Beitrag zur Totalitarismusdebatte, weil sie zeigt, dass und wie Selbstorganisation auch innerhalb sogenannter totalitärer Regime funktioniert hat (Abschnitt 1.1.1).

Zweitens fordern KOR und Solidarno?? die Protestforschung heraus, weil der strukturell andere staatssozialistische Kontext zentrale Annahmen problematisch werden lässt, die den etablierten Theorien aus der Protestforschung zugrunde liegen. Das liegt zum Teil sicherlich daran, dass diese Theorien meist am Beispiel von Bewegungen in marktwirtschaftlich-demokratischen Ländern entwickelt worden waren und schon deshalb nicht umstandslos auf Bewegungen in staatssozialistischen Gesellschaften übertragen werden können. Die Probleme, die sich bei der Übertragung ergeben, verweisen jedoch auf den Einfluss von bislang zu wenig beachteten Prozessen, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch in demokratisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaften von Bedeutung sind. Political process theories, die als spezifische Ausprägung der mittlerweile häufig kritisierten Theorie rationalen Handelns angesehen werden können, unterstellen explizit oder implizit, dass "BewegungsunternehmerInnen" auf einem Markt konkurrieren. Die Metapher des Bewegungsmarktes führt dazu, dass nur bestimmte Faktoren des Mobilisierungsprozesses überhaupt untersucht, andere wie etwa die Deutung und die Konstitution von Akteuren als gegeben unterstellt werden. Collective-identity-Theorien fokussieren die Konstruktion "geteilter Handlungssysteme" (Melucci 1999: 115) und gehen dabei meist von der Existenz einer unabhängigen Öffentlichkeit aus, in der Bewegungen präsent sind, alternative Weltdeutungen diskutiert werden können. Das führt beispielsweise dazu, dass Prozesse der Vertrauensbildung nicht genau genug untersucht werden (siehe Abschnitt 1.1.2).

Das Fallbeispiel ist drittens zugleich ein Beitrag zur Revision des Säkularisierungsmythos in der Soziologie: Es trägt zur Korrektur des protestantischen Bias der Soziologie und zur Revision des gängigen Narrativs der entwicklungshemmenden Rolle des Katholizismus für Prozesse der

Modernisierung bei (vgl. Casanova 1994; Knöbl 2001; Joas 2011), indem es die Bedeutung des Katholizismus für den lokalen Aneignungsprozess eines menschenrechtlichen Ethos herausarbeitet. Es zeigt dabei zugleich, gegen eine allzu einfache Gleichsetzung des Polnischen mit dem Katholischen, dass katholische Laiengruppen sich dieses Ethos wesentlich in Konflikt mit dem Klerus angeeignet haben, und dekonstruiert jene im öffentlichen Diskurs vor allem zu den Jahrestagen präsenten Erzählungen, die die katholische Kirche habe im Verlauf der Protestereignisse eindeutig auf Seiten der politischen Opposition gestanden oder sei gar der entscheidende Akteur für die Entstehung jener Opposition gewesen - eine ebenfalls selektive Konstruktion, die der weit komplexeren sozialen Wirklichkeit nicht entspricht (Abschnitt 1.1.3).

Viertens ist die Analyse von KOR und Solidarność ein Beitrag zur Weiterentwicklung einer jüngst verstärkt eingeforderten, kontingenzsensiblen Soziologie der Menschenrechte (Joas 2011). Im Unterschied zu weltgesellschaftlichen Ansätzen, die ihre Verbreitung als Teil einer welt-kulturellen Trias von Demokratie, Markt und Menschenrechten ansehen und zur Systemtheorie, die Grundrechte und die Semantik der Menschenrechte als sozial integrierendes Element funktional differenzierter Gesellschaften analysiert, analysiere ich die lokale Aneignung von Menschenrechten als kontingenten, potentiell kreativen Prozess. Im Unterschied zu Joas, der eine affirmative Genealogie der großen Ereignisse in der Geschichte der Aneignung von Menschenrechten unternimmt, zielt die folgende Analyse auf eine kleinschrittige mikrosoziologische Analyse dieses lokalen Aneignungsprozesses und dessen Folgen. Sie deckt auf, dass es sich im polnischen Fall weder um eine nur nachholende Entwicklung noch um einen bloß strategischen Bezug auf Menschenrechte und Menschenwürde handelt, sondern um zwei, im Falle von KOR und Solidarność nur äußerlich ähnliche Prozesse, die sich unterschiedlichen Situationstypen verdanken und zur Aneignung eines je eigenen Menschenrechtsverständnisses führen, das wiederum je spezifische strukturelle Veränderungen nach sich zieht (Abschnitt 1.1.4).

1.1.1 Zur sozialtheoretischen Fundierung der Totalitarismusdebatte

Der wohl bekanntesten Definition von Carl J. Friedrich (1945: 47-60) zufolge sei der Totalitarismus durch eine Ideologie mit chiliastischen Elementen, eine Massenpartei, ein fast vollkommenes Monopol der Kontrolle über alle entscheidenden Kampf- und Massenkommunikationsmittel, und ein System terroristischer Polizeikontrolle charakterisiert. Später wurde als sechstes Kriterium die staatliche Lenkung der Wirtschaft hinzugefügt (Friedrich/Brzezinski 1956). Noch enger fasst Hannah Arendt den Totalitarismus in ihrem Buch *Die Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. Sie postuliert, dass das Wesen, die Struktur der totalitären politischen Ordnung der Terror sei und dass diese Ordnung tragende, das Handeln motivierende Prinzip die Ideologie (1955: 710f.). Ihre Überlegungen zum totalitären Charakter von Nationalsozialismus und Stalinismus beruhen auf einer Analogiebildung: Sie übertrug Einsichten über den NS auf die 1920er bis 1940er Jahre in der Sowjetunion.

Die "Totalitarismusthese" wurde früh kritisiert. Bei Arendt, weil sie sie nicht durch (genügend)

Daten belegen konnte; bei Arendt und Friedrich - unter anderem nach den jugoslawischen Entwicklungen und der Entwicklung der russisch-chinesischen Beziehungen -, weil die Beschreibung staatssozialistischer Herrschaft als totalitäre nichts dazu beitragen konnte, deren Variabilität zu erklären. Dadurch gewann die Modernisierungstheorie gegenüber der Totalitarismusthese in Wissenschaft und Politik an Bedeutung. Deren Ausgangspunkt war die Einsicht, dass auch kommunistische Gesellschaften den sozioökonomischen Funktionserfordernissen moderner Industriegesellschaften genügen müssen. Damit rückte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik in den Fokus der Forschung zum Staatssozialismus, denn von nun an ging man davon aus, dass auch staatssozialistische PolitikerInnen auf ökonomische Entwicklungen interessengeleitet und in gewissem Maße korporatistisch reagieren würden (Bunce/Echols 1980).

Trotz der frühen Kritik hat die Totalitarismusthese aber dazu geführt, den westlichen Blick auf den Staatssozialismus wie auch das eigene, westliche Selbstverständnis bis weit in die 1960er Jahre hinein vor allem als politische Ideologie zu fassen und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in den totalitären Staaten vor allem unter Rückgriff auf politische Verlautbarungen und deren mögliche Subtexte (verwiesen sei hier exemplarisch auf die sogenannte "Kremllogie") zu analysieren.